auch diese Genossen, die im Weltkrieg noch keine klaren Bolschewisten waren, halten noch heute die Desertion für revolutionär. Diesen Glauben müssen wir mit Stumpf und Stiel ausrotten, ebenso wie die falsche Einstellung zur Gewerkschaftsfrage. In unserer tschechischen Bruderpartei z. B. ist dieses Problem schon seit vier Jahren gelöst, die Dienstverweigerung oder Desertion von Kommunisten wird als parteischädigende Handlung betrachtet. Jedes Schwanken in dieser Frage macht alle Arbeit gegen den Krieg zur Phrase. Unsere Genossen müssen sich dies genau überlegen und den Arbeitern offen sagen. Es ist selbstverständlich, daß „linke" Sozialdemokraten darauf mit demagogischen Mätzchen antworten werden, etwa in der Art, daß sie sagen: Wir sind viel revolutionärer als ihr, wir verweigern den Militärdienst im Falle eines Krieges, ihr aber geht ruhig mit.

Darauf werden unsere Genossen sehr einfach antworten können mit der folgenden Frage: Abgesehen davon, daß ihr im Kriegsfalle (siehe 1914) den Militärdienst nicht verweigern werdet, sondern eure Partei (wie 1914) Zutreiberdienste leisten wird für den Militarismus, abgesehen davon fragen wir: was ist revolutionärer, was erfordert mehr Mut und Hingabe für die Arbeitersache: den Dienst zu verweigern und schlimmstenfalls ins Gefängnis zu kommen oder in der doppelten Gefahr des Frontkampfes und des Standrechtes gegen Meuterer die revolutionäre Arbeit zu leisten?

Die Antwort ist sofort klar: es gibt nur eine.

Damit sind wir aber schon bei einem Punkt angelangt, über den noch etwas zu sagen ist.

3. Die Arbeit der Kommunisten während eines imperialistischen Krieges

Es ist oben gesagt worden, daß der Streik zur „Verhinderung" des Kriegsausbruches eine dumme und undurchführbare Versprechung ist, mit der die Sozialdemokraten die Arbeiter abhalten, heute schon den Kampf gegen den Krieg zu beginnen.

Das heißt aber selbstverständlich nicht, daß der Streik im Kriege **überhaupt** keine Bedeutung hat. Im Gegenteil: der Streik überhaupt und der Streik in den zur Kriegsführung wichtigen Betrieben wird immer **eine hervorragende Waffe der Arbeiterklasse im Kampfe gegen den Krieg bleiben**, der der Bourgeoisie die Kriegführung erschwert. Die Sozialdemokratie hat im Januar 1918 **bewiesen**, daß sie gegen Streiks im Kriege ist, weil sie der Bourgeoisie die Kriegsführung **erschweren**. Die Kommunisten sind aus **eben demselben Grunde für den Streik. Ihre Losung im Kriege ist nicht der Sieg** (dies war die Losung der Kriegssozialisten), aber auch nicht **„weder Krieg noch Niederlage"** (dies war die Losung der USP.-Pazifisten) — **sondern die Niederlage der eigenen Regierung.** Lenin hat im Jahre 1915 den grundlegenden Satz geschrieben, den SPD.-Feiglinge heute „fürchterlich" finden*), der aber in Wirklichkeit die einzige wirkliche Klassenpolitik der Arbeiter im Kriege ausdrückt:

„In einem reaktionären Kriege kann die revolutionäre Arbeiterklasse nicht umhin, die Niederlage ihrer eigenen Regierung herbeizuwünschen."

Wenn wir uns klar darüber sind, daß heute in einem imperialistischen Land, wie z. B. England, Deutschland oder Tschechoslowakei **jeder** Krieg reaktionär ist, solange **nicht die Arbeiter die Macht in der Hand haben, dann wird es uns nicht schwer fallen**, die Konsequenzen aus diesem Satz zu ziehen und sie den Arbeitermassen auseinanderzusetzen. Nur unter dieser Losung kann der Krieg mit seinen unerhörten Schrecknissen abgekürzt werden. Aller Pazifismus dient nur der **Kriegsverlängerung.**

Die wirklich revolutionäre Taktik, ist auch die wirklich reale, den Massen nützliche Taktik.

Das Ziel der Kommunisten im Falle eines imperialistischen Krieges aber ist dasselbe, das Lenin im Jahre 1914 der russischen Arbeiterklasse steckte: die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, die Eroberung der **proletarischen Diktatur.**

Es ist klar, daß ein kurzer Artikel nur einige **Andeutungen** enthalten, nur die **grundsätzliche Stellung** herausarbeiten kann. Es wird Aufgabe der Partei sein, vor den großen Massen der Arbeiterschaft und den ausgebeuteten kleinbürgerlichen Schichten der Städte und des flachen Landes **ausführlich** die **konkreten** Möglichkeiten eines **kommenden Krieges zu erörtern** und die Maßnahmen **vorzubereiten**, die in diesem Falle zu ergreifen sind. **Dies ist notwendig.** Aber alle Kommunisten müssen wissen, daß ohne die **unbedingte Klarheit** und Festigkeit in den grundsätzlichen Fragen das Sprechen über den Kampf gegen den imperialistischen Krieg nutzloses Gerede bleiben muß.

*) Siehe Ernst Niebisch in seiner Broschüre „Der Weg der deutschen Arbeiterschaft zum Staat", die bemerkenswert ist, weil in ihr mit begrüßenswerter Schamlosigkeit die Heuchelei der SPD. zugegeben wird, die sich eine „marxistische" Partei nennt.

Fordert die Vollamnestie!

Die Bürgerlichen versuchen das Amnestiegesetz zu Fall zu bringen.

Berlin, 25. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In der Freitagsitzung des Reichstages gelangte das Amnestiegesetz zur ersten Beratung und Verabschiedung an den Rechtsausschuß. Diese erste Beratung zeigte bereits, daß die bürgerlichen Parteien nach einer triftigen Gelegenheit suchen, um das Amnestiegesetz zu Fall zu bringen. Die Arbeiterschaft muß ihre ganzen Kräfte zusammenballen, wenn sie sich gegenüber den Sabotage-Aktionen der herrschenden Klasse behaupten will. Genossin Ruth Fischer wies in ihrer Rede darauf hin, daß eine Vollamnestie möglich ist, wenn der ADGB. gewillt ist, wirklich ernsthaft den Kampf aufzunehmen. Aus Betrieben und Gewerkschaften heraus muß ein Druck auf die Spitzen der Gewerkschaften erfolgen, damit diese wirklich den Kampf um die Befreiung der proletarischen Gefangenen aufnehmen.

Die Gemeindearbeiter des Ruhrgebiets vor dem Streik

Essen, 25. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nachdem der Unternehmerverband der rheinisch-westfälischen Gemeinden jede noch so geringe Lohnerhöhung abgelehnt hatte, wurde in einer kombinierten Sitzung der freien und christlichen Gewerkschaften folgende Entschließung gefaßt: „Die am 23. Juli versammelten Vertrauensleute treten mit Entrüstung dem unsozialen Verhalten der Unternehmer entgegen und beschließen, alles zu tun, um die berechtigten Forderungen der Gemeindearbeiter durchzusetzen. Bedauern die Arbeitnehmer auf ihrem ablehnenden Standpunkt, so werden die Gemeindearbeiter mit der Arbeitsniederlegung antworten.

Der Aufmarsch gegen den Zollwucher

Die Kundgebung der 10 000

Es darf nicht bei den Demonstrationen bleiben

Die gestern nachmittag nach dem Wiener Platz einberufene Demonstration gegen Zollwucher und Steuerraub war seit langer Zeit wieder der erste Aufmarsch der Arbeiterschaft in Dresden. Bis jetzt haben die Gewerkschaften und die SPD. ängstlich vermieden, die Arbeiterdemonstrationen gegen die wucherischen Maßnahmen, gegen die Maßnahmen der imperialistischen Räuber, auch nur in Bewegung zu setzen. Es soll nicht verschwiegen werden, daß die Demonstration entgegen den Aufmärschen früherer Zeiten nachgelassen hat. Die Arbeiter zogen teils geschlossen aus den Betrieben zum Demonstrationsplatz. Bezeichnend war, daß auf dem ganzen Platz außer einer kleinen schwarz-rot-goldenen Fahne der „Dresdner Volkszeitung" nur noch rote Fahnen zu sehen waren. Die Gewerkschaften hatten die Gelegenheit benutzt, um den „Rechten" Wirth, einen von den 23, nochmals populär zu machen; Wirth war als Redner bestimmt, das zeigt den Wert des Aufmarsches. Trotzdem die Sozialdemokraten und Gewerkschaften die Kommunisten sabotiert hatten, beteiligten sich diese an der Demonstration. Der Redner der Kommunisten sprach auch zu der bedeutend größeren Masse der Anwesenden, die sich um den Rednerstandort der Kommunisten zusammendrängten. Die Menge stimmte den Ausführungen und der Resolution der KPD. zu. Jetzt darf es nicht bei der Demonstration bleiben, sondern es müssen von seiten der Arbeiter sofort alle Maßnahmen verlangt werden, um gegen den Zollwucher mit aller Entschiedenheit aufzumarschieren. Die Massen dürfen den Führern nicht erlauben, sie mit Redensarten abzuspeisen, sondern müssen Durchführung der in der KPD.-Resolution geforderten Maßnahmen verlangen.

Resolution der KPD.

Die am 24. Juli auf dem Wiener Platz versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen erheben flammenden Protest gegen die Zoll- und Steuerpläne der Hindenburg-Luther-Regierung. Durch die Auswirkung des Dawespaktes soll das deutsche Proletariat unter die Stufe des chinesischen Kulis herabgedrückt werden. Die deutsche Bourgeoisie versucht mit den erbärmlichsten Mitteln aus den Knochen der deutschen Arbeiter die Kriegslasten aller kriegführenden Staaten zu bezahlen und noch einen Extraprofit für ihre Klasse herauszupressen.

Die internationalen Räuber rüsten zu einem Unterdrückungsfeldzug gegen den ersten Arbeiterstaat — Sowjetrußland. Deutschland soll Aufmarschgebiet werden. Die deutschen Proleten sollen als Kanonenfutter im Interesse des deutschen wie internationalen Kapitals bei der Niederwerfung Sowjetrußlands verwendet werden. Gegen diese Pläne gilt es die Werktätigen aller Länder zu mobilisieren. Herstellung der Einheitsfront des internationalen Proletariats ist erforderlich.

Die Versammelten fordern den ADGB. auf, sofort Kampfmaßnahmen zu beschließen und folgendes Aktionsprogramm durchzuführen:

1. In der Zeit der Beratung der Zollvorlage Massendemonstrationen und intensivste Propaganda gegen die Zollpläne in ganz Deutschland, zugleich schärfste parlamentarische Obstruktion, auch gegen die Landesregierungen, die die Zollvorlage unterstützt haben.
2. Sollten die bürgerlichen Parteien und die Regierung es trotzdem wagen, die Zollvorlage durchzupeitschen, dann Volksentscheid gegen die Zollgesetze. Unter dem Druck des ADGB. müßte auch die durch ihre Koalitionspolitik an die Bourgeoisie gekettete SPD. dafür eintreten. Das zur Einleitung eines Volksentscheids notwendige Drittel der Abgeordneten wäre ohne Schwierigkeit gesichert.
3. Wenn die Regierung durch irgendwelche Gewaltmittel den Volksentscheid zu verhindern, zu beeinflussen oder sein Ergebnis zu ignorieren versucht, dann Einsetzen des schärfsten gewerkschaftlichen Mittels, des Demonstrationsstreiks, der mit den anderen ebenso dringenden proletarischen Forderungen: Achtstundentag, Amnestie, Aufhebung der Lohn- und Mietssteuer, Entwaffnung der monarchistischen Reaktion zu verbinden wäre.

Die Betriebe werden aufgefordert, sofort Aktionskomitees zu bilden und folgende Aufgaben durchzuführen:

1. Kampf für die Gewerkschaftseinheit;
2. Kampf gegen die Zölle und Steuern;
3. Kampf für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik zur Erringung des Achtstundentages, höherer Löhne usw.;
4. zur Erkämpfung der Vollamnestie;
5. Kampf gegen die Kriegsgefahr.

Die Führer der 2. Internationale schreiben und sprechen gegen Krieg, Steuerraub und Zollwucher. Sie sind aber nicht gewillt, die Luther-Regierung ernsthaft zu bekämpfen, lehnen die Bildung der proletarischen Einheitsfront ab und beweisen damit, daß sie auf der Seite des Bürgertums stehen. Die Versammelten geloben zu kämpfen:

Für Volksentscheid gegen die Zollgesetze!
Für die Vollamnestie!
Kampf mit allen gewerkschaftlichen Mitteln bis zur Beseitigung dieser Monarchisten-Regierung des Brotwuchers, der Amnestie für Hakenkreuzjünglinge und der Zuchthäuser für Proletarier!
Gegen alle industriellen und Lebensmittelzölle!
Gegen die drohende Mietssteigerung!
Für Aufhebung aller Lohn- und Mietssteuern, für die Belastung der Besitzenden!
Für die Amnestie aller proletarischen politischen Gefangenen!
Für den Sturz der monarchistischen Luther-Regierung!
Es lebe die Einheitsfront des internationalen Proletariats!

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Kühn hatte seine ganze Polizei gegen die Demonstration in Bereitschaft gestellt, auf den Augenblick wartend, wo er diese gegen die Massen loslassen konnte. Im Hauptbahnhof, vor dem die Demonstration stattfand, waren einige Hundertschaften der Polizei untergebracht. Sämtliche Kasernen und Sammelplätze waren alarmbereit. Zu Zusammenstößen kam es nicht. Auf dem Versammlungsplatz standen lange nach Schluß der Kundgebung noch die Massen in regen und eifrigen Diskussionen zusammen. Die Beteiligung der Kommunisten hat auf die Massen einen sehr starken Eindruck hinterlassen.

•

Protestkundgebung gegen den Zollwucher in Bautzen

Der Ortsausschuß des ADGB. und die SPD. hatten für Freitag zu einer Protestversammlung aufgerufen. Die Beteiligung der Kommunisten und der mit ihnen sympathisierenden Arbeiter war außerordentlich stark. Der sozialdemokratische Redner, Redakteur Fuchs-Braunschweig, sprach gegen den Zollwucher und Steuerraub und empfahl den Arbeitern zum Schlusse seiner langatmigen und von der Versammlung teilnahmlos aufgenommenen Ausführungen die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels bei der nächsten Wahl.

Der kommunistische Redner, dem die Versammlungsleitung nur eine kurz beschränkte Redezeit gewähren wollte, sprach, oftmals von stürmischer Zustimmung unterbrochen, eine Stunde. Ein Demokrat löste mit seinen leeren Reden den Widerspruch der Versammlung aus.

Die Versammlung lehnte mit ganz knapper Mehrheit eine vom kommunistischen Redner eingebrachte Resolution, in der die Einheitsfront der Arbeiter, schärfster außerparlamentarischer Kampf gegen Zollwucher und Steuerraub und die Beseitigung der Luther-Regierung gefordert wurde, mit Hilfe der anwesenden Bürgerlichen ab. Die Versammlung war ein Erfolg für die KPD.

Der Aufmarsch in Berlin

Die Massen waren bei den Kommunisten

Berlin. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Demonstration, zu der ADGB. und SPD. aufgerufen hatten, gestaltete sich, wie zu erwarten war: Die ADGB.-Bonzen und SPD.-Bureaukraten versuchten noch eine halbe Stunde vor Beginn der Demonstration, den einheitlichen Aufmarsch zu sabotieren. Nach ihren Anweisungen sollten die kommunistischen Redner nicht sprechen, die kommunistischen Demonstranten abgedrängt werden. Um auch nur den Schein einer Störung zu vermeiden, zogen die Kommunisten auf die Schloßfreiheit in einer Anzahl von ungefähr 50 000 Mann, wo die Genossen Stöcker, Neubauer, Münzenberg, Kuenen, Schlecht, Pieck und Hörnle sprachen.

Der Erfolg dieser Maßnahme war, daß im Lustgarten nur ungefähr 40 000 Demonstranten waren, unter denen sich noch eine Menge Kommunisten und geschlossene Formationen von Roten Frontkämpfern befanden. ADGB. und SPD. mußten eine ganze Anzahl Redner zurückziehen, weil die Massen fehlten, die zu den Kommunisten gegangen waren. An vielen Stellen wurde über die Resolution des ADGB. und der SPD. bei den Phrasen keine praktischen Kampfmaßnahmen vorschlug, überhaupt nicht abgestimmt, weil anscheinend die Redner keinen Mut dazu hatten.

Als nach Schluß der SPD.-Redner die kommunistischen Redner im Lustgarten sprachen (Münzenberg, Stöcker usw.), versammelten sich sofort die Massen um die kommunistischen Redner, die allseitig, selbst von SPD.-Leuten, Zustimmung erhielten.

Die Demonstration zeigt, daß die Sabotageversuche der formistischen Bonzen keinen Erfolg haben. Die Arbeiter folgen der Kommunistischen Partei, sie wissen, daß die SPD.-Demonstration nur Scheinopposition ist, während die Kommunisten ernsthaft kämpfen wollen.

(Zur weiteren Information: RFB. marschiert geschlossen auf, Reichsbanner sehr schwach vertreten, macht nichts.)

•

Der „Vorwärts", der am liebsten gesehen hätte, daß es in dem Lustgarten zu Krawallen gekommen wäre, um die Kommunisten zu denunzieren, schreibt heute betreten und macht so, als ob die Kommunisten überhaupt nicht dagewesen wären. Immerhin wieder schreibt er: „Die Fahnen leuchten," muß aber zugeben, daß Berlin schon andere Kundgebungen gesehen hat. Vor der Bourgeoisie entschuldigt sich der „Vorwärts", er schreibt: „Die Massen wissen, daß Teuerung und Not unabwendbare Dinge sind, das getragen werden muß..."

Die „Vossische Zeitung" schätzt die Teilnehmer der Kundgebung auf 20 000.

Die Bourgeoisie ereifert sich in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" über die SPD. Artur Zickler schreibt: „Die Sozialdemokratie hat sich wieder einmal auf den Kriegspfad begeben. Sie schwingt den Tomahawk über dem Haupt der bürgerlichen Gesellschaft. Da ihr die Mehrheit für die Annahme der Zölle hinreichend gesichert erscheint, kann sie sich wieder einmal so etwas wie radikale Prinzipienfestigkeit gestatten, denn sie hat es schon lange nötig, angesichts der kommunistischen Konkurrenz das Agitationskarussell ein bißchen in den Schwung zu bringen."

•

Die Polizei überfällt Frontkämpfer

Auf dem Rückwege von der in Friedrichsfelde stattgefundenen Beerdigung eines Kameraden zogen etwa 250 Rote Frontkämpfer von Friedrichsfelde zur Demonstration im Lustgarten. Als sie die Frankfurter Straße passierten, wurden sie plötzlich von der Polizei aufgefordert, die Trommeln und Pfeifen abzulegen. Es erboten sich Frauen, die Instrumente an sich zu nehmen. Der Schupo wartete das nicht ab, sondern schlug mit Gummiknüppeln auf die Frauen und die Roten Frontkämpfer ein, nahm ihnen die Instrumente und auch die Fahne weg und verhaftete einige Frontkämpfer.

•

Die Kundgebung in Chemnitz

Die SPD. sabotiert die Einheitsfront.

Chemnitz, 25. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der ADGB. und der Sozialdemokratischen Partei geplante gemeinsame Kundgebung gegen Wucherzölle sollte durch die Schuld professionellen Arbeiterzersplitterer im letzten Augenblick vereitelt werden. Die SPD.-Bonzen erklärten, sie könnten gemeinsamen Resolution unter keinen Umständen zustimmen, auch keine gemeinsame Demonstration mitmachen, obgleich eine Betriebsrätevollversammlung diese Kampfmaßnahmen beschlossen hatte. Die getrennte Demonstration der KPD. war dennoch ein großer Erfolg, sie zählte etwa 8000 Teilnehmer, darunter Sozialdemokraten und Reichsbannerleute, während die SPD.-Kundgebung höchstens 10 000 Mann teilnahmen, die lustlos und klanglos auseinander liefen. Die abziehenden Massen wurden teilweise von der Polizei überfallen, eine Anzahl Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die SPD. schützt Schwarz-weiß-rot

Bochum, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern eine Feier zu einer „Befreiungsfeier" der sozialdemokratische Regierungspräsident in Bochum. Als er, nachdem er eine der üblichen nationalen Reden gehalten hatte, von den Faschisten gefragt wurde, warum er eine Verordnung gegen das Flaggen von Schwarz-weiß-rot erlassen habe, entgegnete er empört, ihm sei nie eingefallen, eine derartige unverständliche und verurteilungswürdige Maßnahme anzuordnen. Er werde im Gegenteil mit allem Nachdruck gegen die Stelle vorgehen, die einen solchen Erlaß gewagt habe.

Streik der Textilarbeiter in Bradford

Berlin, 25. Juli. Wie die Morgenblätter aus London melden, traten in Bradford 50 000 Textilarbeiter in den Ausstand. Die Streikenden drangen in die Fabriken, wo gearbeitet wurde, ein und erzwangen die Einstellung der Arbeit. Schließlich mußte die Polizei eingreifen. Zahlreiche Fenster sind durch Steinwürfe zertrümmert worden. Zwei Polizisten wurden verletzt.

Die belgischen Sozialisten stimmen gegen das Frauenwahlrecht

Brüssel, 25. Juli. (Telunion.) Die Kammer hat sich gestern mit dem Frauenwahlrecht für die Provinzwahlen beschäftigt. Die Nachmittagssitzung war noch bedeutend stürmischer als die Donnerstagsitzung. Obwohl die Sozialisten bereits im Jahre 1918 versprochen hatten, für das Frauenwahlrecht einzutreten, haben sie ihr Versprechen nicht gehalten und dagegen gestimmt.